

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3.60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Wahlsieg in Dänemark.

Sozialdemokratische Mehrheiten in fast allen dänischen Städten.

Kopenhagen, 13. März.

Die Gemeindevahlen in Kopenhagen am Dienstag brachten der Sozialdemokratie einen großen Erfolg. Es gelang den Sozialdemokraten, nicht nur ihren Besitzstand an Mandaten zu erhalten, sondern weitere vier zu erobern, so daß sie nunmehr in der Stadtverordnetenversammlung über 35 von 55 Sitzen verfügen.

Die bürgerlichen Parteien haben Mandate an die Sozialdemokraten abgeben müssen. Uebel erging es der Bauernpartei (Venstre), die über 50 Proz. an Stimmen und ihren einzigen Sitz verlor. Die Radikalen hatten eine Stimmeinbuße von rund 20 Proz. und einen Verlust von zwei Mandaten zu verzeichnen. Die Konserwativen konnten zwar ihre Stimmenzahl um 3 Proz. erhöhen, verloren aber von ihren 17 bisherigen Mandaten eins. Interessant ist, daß die Kommunisten nur 1115 Stimmen gegenüber 1376 bei den vorigen Wahlen erhielten. Die Stimmen- und Mandatsverteilung für die wichtigsten Parteien ist folgende:

Partei	Stimmen	bisher	Mandate	bisher
Sozialdemokraten	118 417	87 236	35	31
Konserwativen	51 066	49 475	16	17
Radikale (Dem.)	13 823	17 079	4	6
Venstre (Bauernpartei)	2 028	4 306	—	1

Zur Bekanntgabe der Ergebnisse versammelte sich am späten Abend in den Straßen der inneren Stadt und auf dem Rathausplatz eine riesige Menschenmenge. Sehr stark war auch der Andrang vor dem Gebäude des sozialistischen Organs, wo von den Abgeordneten Stauning und Borgbjerg Reden gehalten wurden und die rote Fahne unter großem Jubel der Menge gehißt wurde.

Die Wahl in der Provinz.

Die Wahlen in der Provinz haben der Sozialdemokratie überall einen außerordentlich starken Zuwachs an Stimmen und Mandaten gebracht. Sie wird in einer Reihe von größeren Provinzstädten die Mehrheit erlangen.

In Hadersleben erhielten die Deutschen 1149 Stimmen (1089), die dänische Einheitsliste 2869 (2564) Stimmen und die Sozialdemokraten 1837 (1723). Die Mandatsverteilung ist bisher unverändert geblieben mit vier Deutschen, neun Kandidaten der dänischen Einheitsliste und sechs Sozialdemokraten. In Løndern stieg die Stimmenzahl der Deutschen von 905 auf 1092 und die Deutschen haben nunmehr mit acht Mandaten gegen sieben dänische wieder die Mehrheit.

Lloyd-Dampfer „Gießen“ gestrandet.

An der chinesischen Küste / Besatzung und Passagiere gerettet

Der nach Schanghai, Hankau, Tientsin und japanischen Häfen bestimmte 7000-Tonnen-Frachtdampfer des Norddeutschen Lloyd „Gießen“ ist 25 Seemeilen südlich des Fairway-Leuchtschiffes vor der Tangsienmündung in der Nähe der Saddle-Inseln bei dem Felsenland Button Rock gestrandet. Der britische Dampfer „Allyber“ hat den größten Teil der Besatzung und die drei an Bord befindlichen Passagiere geborgen und wird mit ihnen voraussichtlich heute Abend in Schanghai eintreffen. Der Rest der Besatzung hat sich auf Button Rock gesammelt. Das Schiff ist auseinandergebrochen und dürfte vollständig verloren sein.

Der Dampfer „Goetael“, der seit langer Zeit im Eis der Ostsee festlag und von dem russischen Eisbrecher „Jermat“ befreit wurde, ist heute Nacht um 3 Uhr 20 in eine schwere Eispressung geraten, die ihn zusammendrückte und zum Sinken brachte. Die Besatzung wurde vom „Jermat“ an Bord genommen. Außerordentlich dichter Nebel hat die beiden russischen Eisbrecher, die, wie bekannt, auf der Fahrt nach Kiel sind, gezwungen, die ganze Nacht über stillzuliegen.

Immertreu — wieder neu!

Das Verbot von Immertren wurde aufgehoben.



„Selbstmurmelnd — die Polizei hat doch einsehen müssen, daß unsere Reitereien gegen die von Dittler und Kolfront gehalten, geradezu harmlos sind!“

Politische Korruption in Polen.

4500 Dollars für eine Abgeordnetenstimme.

Warschau, 13. März. (Eigenbericht.)

In der gestrigen Sitzung der Haushaltskommission, die sich mit der Frage des Ankaufs von polnischen Grubenaktien durch die Regierung befaßte, bediente der Abgeordnete Langer einen großen Skandal aus. Er teilte mit, daß der Senator Miklaczewski, der als Rechtsbeistand der holländischen Gruppe, von der die Regierung die Aktien übernehmen soll, singiert, ihn gebeten habe, in einer dringenden polnischen Angelegenheit nach seiner Wohnung zu kommen. Dort wurde er in einem Nebenzimmer untergebracht, um ein Gespräch zwischen Miklaczewski und dem Abgeordneten Tomariczki miteinzuhören.

Tomariczki erklärte sich in diesem Gespräch bereit, im Sejm keinerlei Schwierigkeiten zu machen und für den Ankauf der Aktien zu stimmen. Dafür beanspruchte er aber 6000 Dollar Schweigegeld. Nach langem Festsitzen habe man sich auf 4500 Dollar geeinigt.

Diese Worte Langers riefen einen ungeheuren Entrüstungssturm in der Kommission hervor, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte. Tomariczki verteidigte sich gegen den Vorwurf, einen Erpressungsversuch begangen zu haben, indem er erklärte, er habe lediglich für einen belgischen Freund eine Ent-

schädigung verlangt, der ein größeres Paket der betreffenden Aktien besitze und durch Übernahme der restlichen Aktien durch die Regierung einen erheblichen Schaden erleide.

Mit diesem Panama-Skandal wird sich das Warschauer Gericht noch zu befassen haben. Inzwischen ist in der gestrigen Sitzung die Regierung beauftragt worden, die Aktien von der holländischen Bankgruppe zu übernehmen. Der Regierungspresse ist dieser Skandal ein willkommenes Fressen, das Parlament anzugreifen, und sie legt die Affäre insbesondere den Linksparteien zur Last, obwohl Tomariczki keiner der Linksparteien angehört. Auf diese Weise sucht die Regierung einen anderen Skandal zu vertuschen, der in der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses zur Sprache gekommen ist.

Es ergab sich nämlich, daß die Regierung in den drei Monaten, die den letzten polnischen Wahlen vorausgegangen sind, eigenmächtig den Betrag von 8 Millionen Zloty für Wahlzwecke verwendet hat.

Aufdeckung der Pilsudski-Wahlkorruption.

Warschau, 13. März.

Die Untersuchung gegen den früheren Finanzminister Czechowicz wegen der Budgetüberschreitung im Jahre 1927/28 um etwa 562 Millionen nimmt ihren Fortgang. Hierbei stellte sich heraus, daß der ehemalige Finanzminister schon seit langem im Gegenzug zum Ministerpräsidenten Bartel und der Mehrheit des Kabinetts in dem Sejm einen Gesetzentwurf betreffs Bewilligung von Zusatzkrediten einbringen wollte. Sensationell war die Enthüllung des Präsidenten der Obersten Kontrollkammer, daß die Ueberschreitungen ungesetzlich waren.

Großen Eindruck machte auch die Feststellung des Referenten Dr. Liebermann, daß in den Monaten Dezember 1927 und Januar und Februar 1928 die Ausgaben aus dem Dispositionsfonds des

Raubüberfall auf ein Kino Calles ergreift die Offensive

Berichte 2. und 3. Seite

